

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

### **zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu den Ergebnissen des G8-Gipfels und zum Europäischen Rat am 27./28. Juni 2013 in Brüssel**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa ist nicht überwunden: Die Rezession hat sich verstärkt, die Arbeitslosigkeit – insbesondere unter jungen Menschen – ist massiv angestiegen, der Schuldenstand in den am härtesten betroffenen Ländern hat sich erhöht. Das erste Rettungspaket für Griechenland im Mai 2010 hatte einen Umfang von 110 Mrd. Euro. Nach vier Jahren Krisenpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung haften die europäischen Steuerzahler für eine Summe von 1 200 Mrd. Euro an Hilfskrediten. Hinzu kommen noch die beträchtlichen Risiken aus den Staatsanleihekäufen der Europäischen Zentralbank (EZB). Das Haftungsrisiko ist insbesondere für Deutschland immer weiter angestiegen. Im Ergebnis hat die Bundesregierung ihr Ziel, deutsche Interessen zu wahren und die Eurozone zu stabilisieren, in dramatischer Weise verfehlt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist europapolitisch gescheitert.

Die falsche Krisendiagnose der Bundesregierung und ihre einseitige Antwort auf die Krise sind hierfür verantwortlich. Die Bundesregierung hat den Teufelskreis aus Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Refinanzierungskrise auf eine Staatsschuldenkrise reduziert. Den Ländern in wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden derart harte Einschnitte zu Lasten von Sozialausgaben, Bildungsausgaben und Investitionen in Wachstum und Beschäftigung in ihren Haushalten auferlegt, dass eine wirtschaftliche Erholung unmöglich wurde. Mit dem Beharren auf dieser beispiellos einseitigen Sparpolitik verhindert die Bundesregierung eine wirtschaftliche Trendwende und eine nachhaltige Konsolidierung der Haushalte der besonders betroffenen Mitgliedsländer, denn diese kann nur mit wirtschaftlichem Wachstum und Strukturreformen gelingen. Arbeitsplätze werden ohne wirtschaftliches Wachstum weder gesichert noch geschaffen werden können. Diese Politik ist nicht nur schädlich für Europa, sondern auch für Deutschland als exportstarker Nation. Der Großteil der deutschen Ausfuhren von 60 Prozent geht in die EU. Deutschland und seinen Bürgerinnen und Bürgern geht es auch immer nur so gut wie es seinen Nachbarn gut geht. Diesen Grundsatz hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sträflich ignoriert und das Land in Europa isoliert.

Eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung in Europa ist ein funktionierender europäischer Bankensektor. Nur leistungsfähige Banken können die erforderliche Kreditversorgung der Unternehmen gewährleisten. Die Sanierung des europäischen Bankensektors macht aber nur langsam Fortschritte. Notwendig ist deshalb die Schaffung einer Bankenunion mit einer

schlagkräftigen europäischen Bankenaufsicht und einem leistungsfähigen europäischen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus. Auch in dieser Hinsicht hat sich die Bundesregierung als Bremserin erwiesen. Aufgrund des hinhaltenden Widerstands der Bundesregierung verzögert sich insbesondere die Etablierung eines einheitlichen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus für Banken und die Einrichtung eines bankenfinanzierten europäischen Restrukturierungsfonds. Die europäische Bankenaufsicht wird ihre Aufgaben aber nur dann effektiv ausüben können, wenn es auf der europäischen Ebene auch die Kompetenz gibt, Banken im Ernstfall geordnet abwickeln zu können.

Ergebnis der gescheiterten Krisenpolitik der Bundeskanzlerin ist nicht nur die Verstärkung der ökonomischen Krise, sondern auch eine soziale und politische Krise. Die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit und massive Einschnitte in die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten setzen Solidarität und Demokratie in Europa unter Druck. Die wachsende Armut und soziale Kluft haben das Vertrauen in die europäische Integration tief erschüttert, einer breit angelegten Europaskepsis Tür und Tor geöffnet und zur Zunahme extremistischer Gruppierungen geführt.

Messbare Erfolge der Politik der Bundeskanzlerin gibt es keine. Innerhalb weniger Jahre wurden 6 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Die Ungleichgewichte in Europa nehmen nicht ab, sondern zu. Die Kluft zwischen der niedrigsten und der höchsten Arbeitslosenquote war in Europa nie größer. Im November 2012 lag sie in Österreich bei 4,9 Prozent und bei 27 Prozent in Griechenland. Noch frappierender ist der Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit, wo Österreich eine Quote von 7,5 Prozent erreicht, Griechenland aber mit einer Quote von 62,5 Prozent in eine soziale Katastrophe abgerutscht ist. Das Gefälle zwischen Nord und Süd nimmt zu und nicht ab.

Im März 2013 waren 5,7 Millionen junge Menschen in der EU arbeitslos, was die Jugendarbeitslosenquote auf mittlerweile 23,5 Prozent hat anwachsen lassen. Vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise lag die Jugendarbeitslosigkeit in keinem EU-Land über 25 Prozent. Heute liegt sie in zwei Ländern bei über 50 Prozent, in sieben Ländern bei über 30 Prozent und in 12 Ländern bei über 25 Prozent. Der wirtschaftliche Schaden wurde von der EU-Agentur Eurofound für das Jahr 2012 auf 153 Mrd. Euro beziffert. Die größten Risiken für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt gehen von unsicheren und prekären Beschäftigungsverhältnissen aus. Sie sind die ersten, die in konjunkturell schlechten Phasen entlassen werden. Zudem sind junge gut qualifizierte Menschen oft von Unterbeschäftigung betroffen. Eine Generation ohne Perspektive und Hoffnung betrachtet Europa nicht mehr als Weg zu Wohlstand und Fortschritt, sondern als ein zunehmend verhasstes Symbol für Unsicherheit und Fremdbestimmung. In einer Umfrage unter 18- bis 29-jährigen Europäerinnen und Europäern ermittelte das Pew Research Center einen Zusammenbruch des Vertrauens in das europäische Projekt in den Jahren 2009 bis 2013: In Spanien glauben nur noch 34 Prozent der Befragten, dass ihnen die ökonomische Integration nutzt, ein Minus von 25 Prozentpunkten. In Frankreich sind es nur 30 Prozent, ein Minus von 22 Prozentpunkten. In Italien glauben nur noch 15 Prozent der Jugend an den wirtschaftlichen Erfolg ihres Landes in Europa, ein Minus von 14 Punkten. Dies ist eine niederschmetternde Bilanz der einseitigen Europapolitik von Dr. Angela Merkel. Die Bundesregierung hat die Zeit, die durch Hilfskredite gekauft wurde, nicht genutzt, um neue Investitionen in die Realwirtschaft und neues Wachstum in Europa zu ermöglichen.

Die Fraktion der SPD hat dafür gestimmt, den Euroländern die Zeit zu geben, eine wirtschaftliche Wende zu schaffen. Die SPD hat daher in europapolitischer Verantwortung und europäischer Solidarität, aber auch im wohlverstandenen deutschen Eigeninteresse an einem stabilen Europa die kurzfristigen Rettungs-

maßnahmen der EU und des IWF mitgetragen. Dies war konkrete Nothilfe, um die betroffenen Staaten nicht mit unabsehbaren sozialen Verwerfungen pleitegehen zu lassen.

Jedoch hat die Fraktion der SPD immer darauf hingewiesen, dass der Krisenpolitik die zweite, investive Säule fehlt. Sie hat die Kredithilfen als unzureichend und die einseitigen Austeritätsmaßnahmen als selbstzerstörerisch kritisiert. Die SPD-Fraktion hat immer wieder und mit großem Nachdruck die Kontrolle und finanzielle Beteiligung des Finanzsektors, einen Investitions- und Aufbaufonds, die industrielle Erneuerung, Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen, wirksame Strukturreformen sowie ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit gefordert (Bundestagsdrucksachen 17/8740, 17/11003, 17/11848). Eine Überwindung der Krise und eine nachhaltige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung kann nur erreicht werden, wenn neben den notwendigen Strukturreformen zugleich die Investitionen in Bildung, Infrastruktur und unternehmerische Innovationen auf hohem Niveau gehalten werden. Unsere Zustimmung zum Fiskalpakt haben wir deshalb an Zusagen der Bundesregierung zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung geknüpft. Diesen Zusagen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung im Europäischen Rat keine konkreten Initiativen folgen lassen.

Insbesondere die europäische Jugendgarantie, die jedem Jugendlichen in Europa innerhalb von vier Monaten eine Ausbildung, Beschäftigung oder ein Praktikum sichern soll, hat die Bundesregierung nur auf Druck der Sozialdemokratie auf der europäischen Ebene unterstützt. Um die Jugendgarantie in Europa umzusetzen, bedarf es mindestens 21 Mrd. Euro. Die 6 Mrd. Euro, die seitens der Staats- und Regierungschefs bislang für die kommende siebenjährige Finanzperiode der EU ab 2014 avisiert wurden, sind völlig unzureichend. Die Investition in eine Jugendgarantie zahlt sich jedoch aus, da die langfristigen Kosten und damit auch die Belastung für die Staatshaushalte mit zurückgehender Jugendarbeitslosigkeit sinken. In Deutschland will die Bundesregierung die Jugendgarantie jedoch nicht umsetzen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/13694).

Die Bundesregierung erweckt jetzt den Anschein, als seien die Mittel bereits verfügbar. Das ist nicht der Fall. Bislang ist keine Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU zwischen dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament zustande gekommen. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, kapriziert sich auf den Export des dualen Ausbildungssystems nach deutschem Vorbild. Auch wenn dieses Modell in Deutschland sehr erfolgreich ist, ist es in anderen Ländern kurzfristig nicht umsetzbar, da die entsprechenden Strukturen in den betroffenen Ländern fehlen. Die jugendlichen Arbeitslosen in Europa brauchen jedoch sofort wirksame Unterstützung, europäische Solidarität und eine hoffnungsvolle Perspektive.

Die Förderung der Mobilität junger Menschen in Europa ist richtig. Sie darf aber nicht zum Feigenblatt für das Versagen der Bundesregierung werden, dem Fachkräftemangel in Deutschland durch den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit zu begegnen.

Der Aktionismus der Bundesregierung ist wenig glaubwürdig. Sie hat viel zu spät auf diese größte Herausforderung in Europa reagiert. Die Mittelausstattung der Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit ist völlig unzureichend. Konkrete Vorschläge sucht man vergebens. Vielmehr dienen die aktuellen Vorhaben der Bundesregierung einer Imagekampagne, denn Gipfel und Ankündigungen helfen den Jugendlichen nicht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- einen Wandel in der Europapolitik einzuleiten und sich für eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalunion unter Ver-

änderung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzusetzen. Die Debatte um die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion muss offensiv geführt werden, um die Währungsunion künftig krisenfest zu gestalten. Hierzu gehört auch die Prüfung von Ausgleichsmechanismen zum Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte. Fiskalpolitische Regeln müssen den Mitgliedstaaten ausreichend Spielraum lassen für Strukturreformen und nachhaltige Investitionen zur Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung von Beschäftigung. Ein soziales Europa, das Standards schafft, um die Menschen vor den Folgen der Krise zu schützen, ist notwendig;

- sich für die zügige Vervollständigung der europäischen Bankenunion einzusetzen, die neben der europäischen Aufsicht einen einheitlichen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus und einen bankenfinanzierten Restrukturierungsfonds umfasst. Insbesondere muss neben der Verordnung für die gemeinsame Bankenaufsicht (SSM-Verordnung) nunmehr zügig die Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (BRRD) verabschiedet werden. Außerdem muss die Europäische Kommission baldmöglichst einen Vorschlag für einen einheitlichen europäischen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus (SRM) vorlegen, über den bis zum Beginn der europäischen Bankenaufsicht eine Einigung erzielt werden soll;
- einen weiteren Zugriff auf Steuergelder durch die Öffnung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für die direkte Rekapitalisierung von Banken zu verhindern und stattdessen die Eigentümer und privaten Gläubiger der Banken zu deren Sanierung heranzuziehen;
- sich für die Schaffung eines Investitions- und Aufbaufonds einzusetzen, der insbesondere Investitionen in die industrielle Erneuerung sowie den Erhalt und die Stärkung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ermöglicht. An der Finanzierung muss der Finanzsektor durch die rasche Einführung einer Finanztransaktionsteuer beteiligt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die bisherigen Koordinierungsinstrumente ergänzt werden durch intelligent gestaltete, verbindliche Zielkorridore bei Steuern, Löhnen und Sozialausgaben, um die derzeit vorherrschende Wettbewerbslogik zu durchbrechen. Hierfür bedarf es einer Angleichung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage und der Vereinbarung von Mindeststeuersätzen zur Verhinderung von Steuerdumping, europaweiter Mindestlöhne, die an der Höhe der nationalen Durchschnittseinkommen ausgerichtet sind, aber auch einer Koordinierung der Sozial- und Bildungspolitik beispielsweise über die Festlegung von verbindlichen Mindestquoten der Haushaltsmittel für diese Bereiche sowie von Korridoren und Zielvorgaben bei Beschäftigungs-, Bildungs- und Forschungsausgaben;
- dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa höchste politische Priorität einzuräumen und in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit dem Europäischen Parlament auf dessen Forderungen nach Ausstattung und Bedingungen einzugehen. Die Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollten auf 21 Mrd. Euro ausgeweitet werden;
- ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch eine Gemeinschaftsaktion von Unternehmen, Gewerkschaften und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Schaffung von jährlich 500 000 zusätzlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in den kommenden drei Jahren zu initiieren. Hierfür müssen auch Programme für Existenzgründer – ähnlich dem deutschen Gründungszuschuss – ausgebaut werden. Diese Programme sind durch eine umfassende Beratung zu begleiten;

- alle noch verfügbaren Mittel aus den europäischen Fonds für Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu bündeln. Ebenso sollten die bis 2015 ungenutzten Mittel nicht in die nationalen Haushalte zurückfließen, sondern in Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit überführt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die verfügbaren Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit schnellstmöglich bereitstehen und die Programmierung und Auszahlung möglichst unbürokratisch verläuft. Die Förderungsgrenze sollte auf 30 Jahre angehoben werden;
- freiwillige Mobilitätsprogramme zur kurzfristigen Abmilderung der Jugendarbeitslosigkeit zu fördern, jedoch mit einem Schwerpunkt auf temporären Programmen, die es den Jugendlichen ermöglichen, die Ausbildungsstrukturen in Deutschland und anderen Ländern mit dualem Ausbildungssystem zur Überbrückung zu nutzen bis sich die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern verbessert hat. Ein brain drain muss vermieden werden.

Berlin, den 25. Juni 2013

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**





